



Antrag

der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Europapolitik ist Landespolitik

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in der 43. Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtags einen mündlichen Bericht über die Perspektiven der weiteren Entwicklung der EU zu geben. Der Bericht soll vor dem Hintergrund der Erweiterung und der geplanten Verfassung die neue Bedeutung für das Verhältnis von Landes- und europäischer Politik und die zukünftigen Schwerpunkte für Schleswig-Holstein darstellen.

Begründung:

Europapolitik beeinflusst die Landespolitik in weiten Bereichen. Schleswig-Holstein hat in der Vergangenheit über die bestehenden Mitwirkungsmöglichkeiten eines deutschen Landes hinaus erfolgreich europäische Politik verwirklicht:

- Mit der Ostseekooperation wurde ein europaweit beachtetes Modell der interregionalen Zusammenarbeit verwirklicht.
- Mit dem Hanse Office wurde eine leistungsfähige Vertretung in Brüssel aufgebaut.
- Mit Initiativen wie der Zusammenführung von Förderprogrammen und –Instrumenten im Rahmen der Initiative „ziel“ oder den Initiativen zur Schiffssicherheit wurde beispielhaft die enge Verbindung von landes- und europapolitischen Zielen und Instrumenten bewiesen.

Mit der geplanten Verabschiedung der europäischen Verfassung, der Erweiterung der Europäischen Union oder der Reform der Strukturpolitik nach 2006 und der Umsetzung des Lissabon-Prozesses sind erhebliche Veränderungen verbunden. Sie bieten einerseits die Chance, den erfolgreichen Prozess der europäischen Integration zu vertiefen und die Position Europas in der Welt zu stärken. Andererseits beinhalten sie neue Herausforderungen und Risiken, denen sich die schleswig-holsteinische Landespolitik zu stellen hat.

Ulrike Rodust
und Fraktion

Detlef Matthiessen
und Fraktion